

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Postgebühren.

Redaktion: Tauschstr. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5spaltige Zeile ober deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwereyer Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauschstr. 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Amtlicher Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

* Leipzig, 9. Januar.

Selten haben offenkundige soziale Schäden auf so wenig Verständnis gestoßen wie die Arbeitslosigkeit unserer Tage in den Ministerien und städtischen Verwaltungen des deutschen Reiches. Mit dem bei allen Gelegenheiten zur Verfügung stehenden Brustum der Ueberzeugung ist den offenkundigen Thatsachen zum Trotz in Karlsruhe wie in Dresden, in Berlin wie in den kleinen Kommunen, von Ministern und Bürgermeistern alles geschähen, um mit dem ganzen Gewicht ihrer Autorität Umfang und Bedeutung der Krise zu bekämpfen. Trotzdem wollen wir nicht bestreiten, daß selbst diese Reden einen sozialpolitischen Fortschritt bedeuten, gegenüber der Auffassung des seligen preussischen Ministers Camphausen, der vor einem Vierteljahrhundert als Mittel gegen die Krise Verringerung der Arbeiterpersonals, Verminderung der Löhne, Ausdehnung der Arbeitszeit zu empfehlen wagte. Wohl deuten versuchte Maßnahmen in der preussischen, wie in der sächsischen Eisenbahnverwaltung, wie auch in der Reichspostverwaltung darauf hin, daß Camphausen über das Grab gelehrige Schüler bei den deutschen sogenannten Staatsmännern hinterlassen hat. Aber der jüngeren Generation von Exzellenzen fehlte doch der Mut der Konsequenz, vor der sofort protestierenden öffentlichen Meinung haben Camphausens Schüler bald zurückweichen müssen. Es ist ein Zeichen nicht nur der Macht der Sozialdemokratie, sondern auch der Erfüllung der nicht zu uns gehörenden Massen mit einem Schimmer von sozialen Ideengängen, daß man die Fragen der Krisen nicht mehr als eine interne Frage der Börse und des großen Industriekapitals zu behandeln wagt, daß man wenigstens die Arbeitermassen als Opfer der Krise auch schon anerkennt. Mit diesem sehr eingeschränkten Lobe müssen wir uns aber leider begnügen. Sieht man es doch allen Reden der Minister und Bürgermeister an, daß ihnen selbst diese Zugeständnisse schwer genug ankommen und daß sie nichts mehr fürchten, als daß sie zu einer Anerkennung einer Pflicht der öffentlichen Gewalt gedrängt würden, dem Arbeitswilligen auch Arbeit und Verdienst verschaffen zu müssen. So lieblich dieser Herrschaften „der Schutz der Arbeitswilligen“ vor drei Jahren in die Ohren klang, so verstohben sind jetzt dieselben Ohren, wenn wir Arbeit für die Arbeitswilligen fordern.

Trotz emsigsten Bestrebens und besten Willens können aber unsere staatlischen und städtischen Verwaltungen die Thatsachen nicht aus der Welt reden, daß Hunderttausende Arbeiter unter der Krise sehr schwer leiden. Sie können sich nicht vollständig entziehen, einer verklausulierten Anerkennung, im Interesse der Arbeitslosen etwas zu thun. Trotz aller Vorsicht in den Worten bieten diese noch immer viel mehr als die Thatsachen selbst. Es lohnt sich wahrlich,

einmal zusammenzustellen, was über die Beschäftigung Arbeitsloser im letzten Vierteljahre in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Man merkt dann erst, wie kläglich unfähig sich die Organe der bürgerlichen Gesellschaft erwiesen haben, gegenüber ihren dringlichsten sozialen Verpflichtungen. Nach niedrigsten Schätzungen sind mehr wie 500 000 Arbeiter ohne Beschäftigung, kaum für acht Tage dürfte das reichen, was von Staat und Gemeindeverwaltungen für Notstandsarbeiten bewilligt wurde, um die sämtlichen Arbeitslosen sich betätigen zu lassen. Eine nüchterne Zusammenstellung der bisher für diese Zwecke bewilligten Gelder wird dieses Urteil bekräftigen.

Es ist freilich sehr schwer, die Leistungen unserer Verwaltungen im Interesse einer Verringerung der Arbeitslosigkeit abzuschätzen, denn so manches wird von offiziellen Rednern als sozialpolitische Leistung erwähnt und gerühmt, das in keiner Weise als Notstandsarbeit betrachtet werden darf. So Arbeiten für die Mittel noch in den Zeiten der Prosperitätsperiode bewilligt worden sind, die ausgeführt werden müssen, ohne jede Rücksicht, ob Ueberfluß oder Mangel an Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. So besitzt z. B. der preussische Eisenbahnminister schon seit 2—3 Jahren sehr erhebliche Mittel für Bauten und Ergänzungen des Fahrmaterials, deren Verwendung immer wieder aufgeschoben wurde, und die sicherlich schon mit Rücksicht auf den Zusammentritt des Landtags auch beschleunigt worden wäre, wenn die Arbeitslosigkeit nicht als verheerende Pest unser Land überzogen hätte. Dies gilt z. B. für die Bergung von 724 Personen- und Gepäckwagen für die 10 1/2 Millionen Mark der Industrie zugeführt werden sollen. Regelmäßige Fälle, die als Leistungen der Notstandspolitik gerühmt werden, die aber in gar keiner Beziehung mit der um sich greifenden Arbeitslosigkeit stehen, ließen sich zu Dutzenden anführen. Zum Teil wirken diese „Notstandsarbeiten“ trotz des Ernstes der Zeit fast erheitend. Was bleibt einem wirklich anders als ein trauriges Lächeln übrig, wenn in Berlin, in Charlottenburg und anderwärts das Schneeschippen als eine Notstandsarbeit bezeichnet wird; als ob man in den Zeiten höchster Prosperität in unseren Großstädten darauf warten könnte, bis Frau Sonne sich herbeiläßt, den Schnee zu sammeln. Sieht man von derartigen Notstandsarbeiten ab, so fallen auch eine ganze Reihe von Städten, darunter vor allen die Reichshauptstadt, aus einer Betrachtung der staatlischen und städtischen Leistungen zur Verringerung der Arbeitsnot aus. Zum Teil hat man sich auch begnügt, Wechsel auf die Zukunft auszustellen, die aber so unklar gefaßt sind, daß man damit zu rechnen hat, die Wechsel nicht eingelöst zu erhalten. Kein Arbeitsloser wird satt von der Zusicherung des Charlottenburger Stadtrates Kastrow: „Der Magistrat hatte Vorsehung getroffen, nach und nach für Beschäftigung zu sorgen.“ Hat Berlin und sein reichster und größter Vorort sich bisher unfähig erwiesen, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, so ist mit größerer Energie in dem proletarischen Vororte der Reichs-

hauptstadt in Nirdorf vorgegangen worden. Der Bau eines Schiffskanals im Regiebetriebe und zwar der sofortige Beginn des Baues wurde dort beschloffen. Aber freilich, es handelt sich auch um eine Gemeinde, in der die Arbeiterklasse als maßgebend betrachtet werden muß, in der direkt und indirekt die ganze Wohlfahrt des Gemeinwens beeinflusst wird durch die Lage der Arbeiterbevölkerung. In Schöneberg, der Heimat der Berliner Millionärbauern, hat man sich begnügt, die Arbeitslosen auf städtische Bauten im Frühjahr zu verdrängen; wovon sie bis dahin leben sollen, ist leider nicht zum Gegenstand einer Preisauschreibung der Stadtväter dieses Berliner Vorortes gemacht worden.

Trotz großen Umfanges der Arbeitslosigkeit, trotz reichlich vorhandener Mittel für städtische Bauten, hat die freisinnige Breslauer Stadtverordnetenversammlung ganze 40 000 Mk. für die Inangriffnahme von Erdarbeiten bewilligt, was im Falle der Beschäftigung aller Arbeitslosen in Breslau auch nur zu den berühmten ortsbüchlichen Tagelöhnen knapp für eine halbe Woche Beschäftigung schaffen dürfte. Für später sind größere Arbeiten in Aussicht genommen, die man dank der Agitation des Gewerkschaftskartells wohl nicht mehr gar zu lange hinauszuschieben wagen wird. Aber es gilt auch für diese Arbeiten, daß sie auch ohne Arbeitslosigkeit nicht mehr lange aufgeschoben gewesen wären. In Frankfurt a. M. hat die Reichspostverwaltung wie in anderen Städten, wenn auch nicht überall, von der Verwendung von Soldaten im Weichnachtspostverkehr abgesehen. So sind in Frankfurt a. M. 600 Arbeitslose von der Post für eine Reihe von Tagen verwendet worden. Interessant ist in Frankfurt a. M., daß man bei den von der Stadt vorgesehenen Notstandsarbeiten sich nicht ausschließlich auf Tiefbauten beschränken will. Es ist auch eine Schuhmacherverkstatt eingerichtet worden, wo stellenlose Schuhmacher und ungenügend beschäftigte Heimarbeiter der Branche, die den Unterstüßungswohnsitz in Frankfurt a. M. haben, Arbeit bekommen können. Die Stadtverordnetenversammlung von Wiesbaden hat die Mietsumme von 8000 Mk. für Notstandsarbeiten in diesem Winter bewilligt. Die reine Proletarierstadt Elberfeld begnügt sich auch, 24 000 Mk. für diese Zwecke zu bewilligen, obgleich doch die selbst von einem bürgerlichen Komitee festgestellte große Zahl armer, hungeriger Schulkinder größere Leistungen für erforderlich bezeichnen müßte. Der Oberbürgermeister von Witten versicherte, daß er eigentliche Notstandsarbeiten bis aufs Messer bekämpfen würde. Man sieht hieraus, daß es noch eheliche Menschen im deutschen Reiche giebt, die ihre Meinung verbergen wollen. Dem großen Umfange der Arbeitslosigkeit in Wachen sucht man nur in ungenügender Weise mit Notstandsarbeiten entgegenzutreten. 24 000 Mk. sind für Erdarbeiten bewilligt, doch sind weitere Summen für die Beschäftigung Arbeitsloser in Aussicht genommen. In Danzig bemüht man sich, die Arbeitslosen auf das Land abzuschicken, was ebenso billig ist, wie es den Befehl der

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.
Eingig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

In dem Verein „die dänischen Freischütze“ sollte eine Zusammenkunft stattfinden.

Ungefähr in der Mitte der Südstraße an der Ecke der Wahren Schmieds-Gasse lag das Hotel Stadt Gammelböbing. Dort hielt der Verein in einem kleineren Saal zu ebener Erde nach der Gasse hinaus seine Zusammenkünfte.

Es fanden jährlich vier Zusammenkünfte statt, drei im Winter und eine im Sommer.

Dies war das letzte Fest im Winter. Der Beitrag belief sich auf zweiundzwanzig Kronen für das Couvert und man machte eine Grundlage von drei steifen Lys-holmer Schnäpsen.

Die Verpflegung war übrigens bei der Begründung des Vereins ausschließlich national gewesen; daher der Name. Als aber im vorigen Jahre der alte Redakteur Heilbunth zum Vorsitzenden gewählt wurde, setzte er es durch, daß der betreffende Paragraph dahin geändert wurde, daß die Getränke wenigstens international sein konnten, falls eine Stimmenmehrheit dafür erzielt würde.

Und die wurde augenblicklich mit allen Stimmen erzielt.

Es war ebenfalls Heilbunths Verdienst, daß der

Beitrag für das Couvert von fünfzehn auf zweiundzwanzig Kronen erhöht wurde und daß kein Mitglied unter fünfzig Jahre alt sein und weniger als zweihundert- unddreißig Pfund wiegen durfte.

„Wir müssen exklumpst sein,“ sagte er. Die Zahl der Mitglieder war ein wenig schwankend. Zu dieser Zusammenkunft hatten sechs gezeichnet.

Alle Zusammenkünfte waren „geschlossen“. Wenn der letzte Teilnehmer angekommen war, wurde der Schlüssel der Thür, die zu den Café-Lokalitäten führte, herumgedreht. Und dann fand die Passage nur durch die Thür zum Rückengang statt, durch die die leckeren Gerichte aufgetragen wurden.

Auch einen Diener hielt sich der Verein. Und das war Emanuel Thomsen.

Daß Manuel sich um dieses Amt beworben, hatte seinen Grund einzig und allein in seinem monomanen Drang, Geld zusammenzuscharen, gleichviel auf welche Weise. Denn er litt im Herzen entsetzliche Qualen bei dem Anblick der seiner Ansicht nach unnatürlichen Verschwendung, die hier entfaltet wurde. Die ungeheuren Mengen von Es- und Trinkwaren, die aufgetragen und verzehrt wurden, tränkten ihn in tiefster Seele.

Aber in noch höherem Grade nahm er Anstoß an den Ueberresten!

Wenn eine halbverzehrte Gans, ein so gut wie unberührter Lammbraten oder ein Rinderbraten, von dem nur eine ganz verschwindende Anzahl Scheiben abgedünnt waren, wieder in die Küche hinausgetragen wurden, da weinte er blutige Thränen.

Daß Menschen aßen und tranken, so daß sie kurz davor waren, zu plagen, das war an und für sich schon

gottlos und strafbar genug. Daß sie dann aber noch etwas übrig ließen, was sie doch mit ihrem teureren Geld bezahlt hatten.

Das verdiente Zuchthaus!

Am Tage nach einer solchen Zusammenkunft lief das kleine Männchen daheim in der Stube hinter dem Laden seitwärts wie ein Taschenkrebs auf und nieder und schlenkerte mit dem langen Arm, so daß Madam Thomsen in dem Lehnstuhl zitterte und bebte und ganz bleich vor Angst wurde.

„Man kündigt die Stellung! Man kündigt die Stellung!“ gestikulirte Thomsen. — „Sie ist nicht menschenwürdig!“

„Ja, kündige Du nur, lieber Manuel!“

Aber Manuel kündigte nicht.

Denn die Stellung brachte ihm an jedem Zusammenkunftsabend fünf Kronen ein. Und außerdem das Essen und Trinken, was regelmäßig die schrecklichsten Magenbeschwerden für ihn zur Folge hatte. So kritiklos schaufelte er hinein.

Es war noch ein Viertel vor acht. Emanuel kam in seinem blauen Cheviotanzug, eine große, schimmernd weiße Stüchenschürze um den Leib gebunden, mit einem Eisflüher, in dem der Lysholmer stand, aus dem Rückengang herein. Er trug den Flüher vorsichtig zwischen beiden Händen. Ungefähr wie wenn er Mortensen trug.

Als er den Saal betrat, führte der Wirt gerade drei Handlungsvreisende aus dem Café herein. Sie sollten die gedeckte Tafel sehen. Die Ausführung dieser Feste verließ nämlich dem Hotel einen weithin strahlenden Glanz. Und Herr Hansen gewährte seinen Stammgästen geru-